

Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des HFA in zweiter Lesung** mit großer Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über die Finanzplanung 2015 bis 2019, Finanzbericht 2016 unseres Landes inklusive. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10518, die Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/10518** mit Mehrheit **angenommen**.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass wir – wie schon mehrfach angekündigt – die Abstimmung über Einzelplan 20, über den Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen sowie über das GFG morgen nach Abschluss der Beratung aller Einzelpläne durchführen werden. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

An dieser Stelle kommen wir zu einem ganz spannenden Punkt. Ich rufe auf:

**Einzelplan 10
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10510**.

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Einzelplan und erteile Frau Schulze Föcking für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hat den Landwirten das letzte Jahr gebracht? Schaut man sich die Bilanzen an, so muss man sagen: 2015 war ein verheerendes Jahr. Auf breiter Front sind die Gewinne eingebrochen, und zwar im Schnitt um sage und schreibe 32.500 € je Betrieb. Knapp 46 % der Höfe erwirtschaften nur 30.000 € oder weniger.

Herr Minister, keine Sorge, ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie für die Weltmärkte verantwortlich sind. Aber auf völliges Unverständnis stößt, dass Sie in einer solch schwierigen Situation den Landwirten das Leben noch schwerer machen und immer noch einen obendrauf setzen.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Warum zum Beispiel brauchen wir jetzt unbedingt ein neues Landesnaturschutzgesetz, das im Ergebnis noch mehr Kontrollen, noch mehr Bürokratie und noch mehr Einschränkungen bringen wird?

Sie gehen bei diesem Gesetz auch sehr in Details. Sie machen sich intensiv Gedanken darüber, dass es Ihrer Meinung nach sinnvoll ist, Naturwächter einzustellen und diese in einheitliche Uniformen zu stecken. Andere Sachverhalte hingegen hinterfragen Sie nicht oder nur unzureichend.

So wollen Sie demnächst unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Streuobstwiesen noch stärker gesetzlich reglementieren und nehmen damit dem Eigentümer die freie Verfügbarkeit über den eigenen Grund und Boden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Henning Höne [FDP])

Was, glauben Sie, macht aber jemand, der seine Wiesen bislang gerne und freiwillig gepflegt hat und der nun durch Sie durch dieses Vorhaben Einschränkungen in seinem Besitz erfährt? Ich kann es Ihnen sagen und nenne Ihnen gern ein konkretes Beispiel.

Es war auf einer Ortslandwirtetagung: 60 Landwirte kümmern und bemühen sich tagtäglich um ihr Eigentum. Für die Obsternte haben sie sich gerne und freiwillig Streuobstwiesen in Hofnähe angelegt. Deren erster Gedanke war, dass es sehr bedauerlich ist, dass diese Obstbäume nun gegen ihre eigene Überzeugung werden fällen müssen, um auch zukünftig ihr Grundstück zu nutzen und ihre Rechte weiterhin frei wahrnehmen zu können. Das ist wirtschaftlich vernünftig und nachvollziehbar, aber äußerst schade um die Bäume.

Sie schieben mit Ihrer Politik eine Entwicklung an, die die Landwirte so eigentlich nicht möchten. Sie erreichen damit genau das Gegenteil von dem, was Sie bezwecken wollen. Sie, Herr Minister, schaden dem Naturschutz.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Ähnlich widersinnig sind auch Ihre Bewirtschaftungseinschränkungen beim Grünland, und unlogisch ist auch Ihre Politik, die den Druck auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt einerseits kritisiert, aber dann andererseits durch das geplante Vorkaufsrecht für Naturschutzverbände diesen Druck noch einmal erhöht. Für alle Maßnahmen tragen alleine Sie die Verantwortung.

Noch mehr Unverständnis kommt bei folgendem Vorgang auf. In einer Kleinen Anfrage hatte ich zusammen mit dem Kollegen Rainer Deppe gefragt, wie Sie eine „Streuobstwiese“ oder eine „natürliche Felsbildung“ definieren. Beides sind Begrifflichkeiten aus Ihrem Entwurf zum Naturschutzgesetz. Ich nehme an oder hoffe zumindest, dass Sie sich intensiv mit dem Gesetzentwurf befasst haben. Oder? Eine Antwort sollte somit eigentlich ganz leichtfallen.

Was aber machen Sie? Sie antworten auf unsere einfache Frage: „Was ist eine Streuobstwiese?“, es habe noch keine formalisierte Willensbekundung

der Landesregierung als Verfassungsorgan stattgefunden. Wollen Sie mir allen Ernstes sagen, dass sich das Landeskabinett mit der Definition von Streuobstwiesen oder von natürlichen Felsformationen beschäftigen muss? Es ist ein Ausdruck der Arroganz der Macht,

(Beifall von der CDU und der FDP – Georg Fortmeier [SPD]: Da ist sie wieder! – Weitere Zurufe)

uns Parlamentariern die uns zustehenden Auskünfte zu verweigern. Transparenz und Offenheit, Dialog und Mitsprache sind Schlagworte, die in keiner Ihrer Reden fehlen, Herr Minister. Die Rammel-Realität sieht jedoch entschieden anders aus.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Seit 2010 ist der Etat um 34 % auf fast 1 Milliarde € gestiegen. Allein die Mittel für den Naturschutz haben sich auf 18 auf 36 Millionen € erhöht. Jetzt in den Haushaltsberatungen hat Rot-Grün noch einmal eine Mittelerhöhung von 6,5 Millionen € gefordert – natürlich ungedeckt.

Bei einem Haushalt von fast 1 Milliarde € soll es nicht möglich sein, diese Mittel an einer anderen Stelle einzusparen? Das ist ein Armutszeugnis, Herr Minister.

(Beifall von der CDU)

Selbst da, wo es nichts kostet, tritt diese Regierung auf der Stelle. Warum zum Beispiel wurde der Entschließungsantrag von SPD, CDU und Grünen zur Verbraucherbildung an Schulen vom März 2014 nicht mit mehr Nachdruck betrieben? Umgesetzt ist davon bislang lediglich ein Leitprojekt. Eine Rahmenvorgabe und eine Handreichung sollen – drei Jahre später – bis zum Jahr 2017 erarbeitet werden.

Da, wo es wirklich wichtig ist, lassen Sie Elan und Leidenschaft vermissen. Aktiv sind Sie hingegen dort, wo es Ihren parteipolitischen Interessen nützt, wo sie Ihre Klientel bedienen können und wo es in Ihre Ideologie passt. Ich aber sage Ihnen: Tun Sie etwas für unseren ländlichen Raum, und zwar mit Weitblick. Und legen Sie endlich Ihre Scheuklappen ab!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schulze Föcking. – Und nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Klimaschutz, Umweltschutz, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – das sind die fünf Themenfelder, die wir im Einzelplan 10 wiederfinden und die sich auch im Namen des Ministeriums spie-

geln. Das sind die Themen, die gutes und gesundes Leben in Nordrhein-Westfalen betreffen.

Wir als Politik müssen Antwort auf die Frage geben, wie wir dieses gute und gesunde Leben bezogen auf die Produktion von Lebensmitteln, die Behandlung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und, allgemein formuliert, die Sicherstellung einer gesunden Umwelt für Mensch und Tier erreichen. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, haben wir uns das Ziel gesetzt, unsere Politik in NRW an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu orientieren. Das Nachhaltigkeitskonzept NRW haben wir vor einigen Wochen hier im Landtag vorgestellt. Es wird jetzt noch nach einer Onlinekonsultation weiterentwickelt. Wir haben dann nach Fertigstellung für unser Land ein Leitbild 2030 zur nachhaltigen Entwicklung vorliegen.

Ein zusätzlicher wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist die gesellschaftlich breit angelegte Bildung für nachhaltige Entwicklung; denn ohne die Akzeptanz und das Bewusstsein für nachhaltige Prozesse ist jedes gutgemeinte Konzept zum Scheitern verurteilt. Deshalb haben wir diesen Bereich im Haushalt 2016 auch entsprechend hinterlegt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit der Koalitionsvereinbarung 2012 hat die rot-grüne Regierungsmehrheit ein starkes Zeichen für eine moderne und zeitgemäße Entwicklung des ländlichen Raumes gesetzt. Angesichts der Tatsache, dass der mit Abstand größte Teil unserer Landesfläche agrarisch oder forstwirtschaftlich genutzt wird, haben wir uns in den verschiedenen Politikfeldern mit der Stärkung und der Weiterentwicklung des ländlichen Raumes auseinandergesetzt und setzen dies in praktische Politik um.

Dabei gilt es immer, Frau Schulze Föcking, den verschiedenen Nutzungsansprüchen, die es gibt, Rechnung zu tragen. Denn unser Ziel ist es, durch eine ausgewogene, aber lösungsorientierte Gesetzgebung den Lebens- und Wirtschaftsraum in Nordrhein-Westfalen so zu beeinflussen, dass es keinen Stillstand auf dem Lande gibt, sondern eine fortschrittliche Entwicklung, bei der Nutzen und Schützen unserer Landschaft – beide! – zu ihrem Recht kommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Ist ja ganz was Neues!)

Mit der Biodiversitätsstrategie wollen wir dem fortschreitenden Artensterben begegnen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, ...

Norbert Meesters (SPD): Ich möchte meine Ausführungen im Zusammenhang vortragen.

Mit der Biodiversitätsstrategie haben wir eine Standortbestimmung des nordrhein-westfälischen

Naturschutzes vorgenommen. Wir haben konkrete Ziele formuliert und entsprechende Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt dargelegt.

Ich möchte hier unterstreichen, dass diese Strategie niemand zu seinem ökologischen Glück zwingt. Sofern sie das Privateigentum betreffen, gilt für alle vorgeschlagenen Maßnahmen das Prinzip der Freiwilligkeit, auch wenn von interessierter Seite, weil es auf dem Lande so schön schlechte Stimmung macht, immer wieder einmal das Gegenteil behauptet wird. Wir zwingen aber niemandem gegen seinen Willen irgendwelche Maßnahmen auf und begrüßen deswegen sehr, dass die Landwirtschaftsverbände und das Ministerium eine Rahmenvereinbarung dazu abgeschlossen haben.

Denn hier wird sehr deutlich, dass sich die Landwirtschaft ihrer Verantwortung sehr bewusst ist. Sie macht so deutlich, dass sie auf kooperativem Weg ihren Teil zur Lösung beitragen wird. Da ist sie wesentlich weiter als Sie, Frau Schulze Föcking.

Aktuell ist das neue Landesnaturschutzgesetz in Vorbereitung, das – so ist es vorgesehen – einige Vorgaben aus der Biodiversitätsstrategie aufnehmen wird. Von den verschiedenen Verbänden haben wir schon viele Anregungen und kritische Hinweise zum Entwurf bekommen. Etliche dieser Hinweise werden mit Sicherheit auf die eine oder andere Art berücksichtigt werden. Deswegen ist das Arbeiten an einem Gesetz, was sich noch gar nicht in der Diskussion befindet, völlig daneben. Ihre Kritik ist virtuell. Sie wissen ja noch gar nicht, was da am Ende drinstehen wird und welche Auswirkungen das haben wird.

Wir werden außerdem die Verschlechterungen beim Naturschutz durch die schwarz-gelbe Koalition 2007 zurückfahren und den Naturschutz wieder – entsprechend dem zwischenzeitlich novellierten Bundesnaturschutzgesetz – zeitgemäß angepasst in einen guten Stand versetzen. Wir wollen den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen stärken.

Wichtig ist: Landwirte, Waldbauern und andere Nutzer werden auch weiterhin ihren Grund und Boden bewirtschaften können. Aber die Zeiten und die Menschen ändern sich. Und in einer veränderten Gesellschaft und unter sehr veränderten Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft müssen wir zeitgemäße und angepasste Lösungen zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen und zur Erhaltung unserer bäuerlichen Kulturlandschaft finden und anbieten.

Unsere Regelungen werden am Ende des Tages – davon bin ich überzeugt – ausgewogen und praktikabel sein. Schützen und Nützen sind eben zwei Seiten einer Medaille. Das werden wir auch berücksichtigen.

Zu einem starken Naturschutz gehört selbstverständlich auch, dass wir die Biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen auskömmlich sichern, weil

sie vor Ort maßgebliche und unverzichtbare Akteure für Naturschutz, Landschaftspflege und Artenschutz sind. Diese Sicherung spiegelt sich zu Recht auch in diesem Haushaltsplan wider.

Der Schutz des Lebensmittels Nummer eins, unseres Trinkwassers, rückt als Aufgabe immer stärker in den Vordergrund. Der Druck aus Brüssel wird stärker. Aktuell droht ein zweites Verfahren wegen der übermäßigen Belastung unseres Grundwassers in manchen Regionen des Landes wie am Niederrhein und im Münsterland. In den Intensivregionen mussten viele Privatbrunnen wegen zu hoher Nitratbelastung bereits geschlossen werden. Etwa ein Fünftel der Brunnen liegen oberhalb des Nitratgrenzwertes. Deshalb müssen wir handeln.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage „Wirkungen der Landwirtschaft auf die Ressourcen Wasser, Boden, Luft und biologische Vielfalt“ zeigen den Handlungsdruck sehr deutlich auf, dem wir unterliegen. Mit der Novelle des Landeswassergesetzes werden wir uns im neuen Jahr mit dieser Problematik auseinandersetzen und die Spielräume, die uns das Bundesrecht gibt, nutzen, um regional abgestimmte Maßnahmen zum Schutz unserer Gewässer festzulegen.

Ebenso werden wir die neue Düngeverordnung des Bundes thematisieren müssen. Die Novellierung auf Bundesebene muss hinsichtlich der Nitratbelastung eine rasche und deutliche Reduzierung der Einträge erreichen. Eine Überregulierung von Betrieben, die kein erhöhtes Risikopotenzial darstellen, muss vermieden werden. Denn wir wollen die Praxis der Landwirtschaft verbessern. Wir wollen die Landwirtschaft nicht verhindern.

Ich möchte ganz kurz noch den Hochwasserschutz ansprechen, der in Nordrhein-Westfalen immer schon eine wichtige Bedeutung hatte. Als Abgeordneter vom unteren Niederrhein kann ich sagen: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Nun gibt es einen realistischen Fahrplan für den Deichbau bis 2025. Es werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt. In diesem Haushalt sind es 6,5 Millionen € mehr als im letzten Jahr. Das Personal zur Planungsbearbeitung haben wir im letzten Jahr schon um zehn Stellen aufgestockt. Die Finanzierung bleibt beim bewährten Schlüssel von 80:20. Diese Botschaft ist auch am Niederrhein angekommen.

Nun gilt es, dies gemeinsam mit den Deichverbänden umzusetzen, um so allen Menschen am Niederrhein und auch andernorts in Nordrhein-Westfalen den notwendigen Schutz vor Hochwasser zu geben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns dies – im Gegensatz zur schwarz-gelben Koalition, die hierbei kläglich versagt hat – auch gelingen wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Abschließend möchte ich auf das Thema „Verbraucherschutz“ – ein wichtiges Thema – zu sprechen kommen. Vor gut einem Monat, Ende Oktober, haben Landesregierung und Verbraucherzentrale NRW die Vereinbarung für die Jahre 2016 bis 2020 unterzeichnet. Rund 71 Millionen € an Haushaltsmitteln werden in den kommenden Jahren für die Verbraucherzentrale bereitgestellt.

Waren es in den Jahren 2007 bis 2010 noch rund 9 Millionen € pro Jahr, stieg der Betrag für 2011 bis 2015 bereits auf rund 12 Millionen € pro Jahr. Die neue Vereinbarung sieht eine Unterstützung von rund 14 Millionen € jährlich vor. Damit bestätigen wir die gute Arbeit der Verbraucherzentrale in den derzeit existierenden Beratungsstellen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Unsere Umweltpolitik, unsere Verbraucherpolitik ist nicht nur vielfältig, sondern sie ist auch wichtig und kommt direkt bei den Menschen an. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Meesters. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter dem Einzelplan 10, den wir hier debattieren, stehen 989,8 Millionen € – fast eine Milliarde €.

Diese Summe spielt der betroffene Minister ganz gern herunter. In der Ausschusssitzung am 23. September 2015 war eine von Herrn Remmel – Zitat – „wichtige Botschaft“, das seien lediglich 1,5 % des Gesamtvolumens des Haushalts. Die damit gesendete Botschaft müsste dann lauten: Fast 1 Milliarde € ist eigentlich nichts; das fällt im Haushalt nicht richtig auf. Insofern lohnt das Sparen an dieser Stelle nicht.

Angesichts dieser Logik, Herr Minister Remmel, erinnere ich an die gestrige Plenardebatte zum Klimaschutz. Ich verweise darauf, dass die Treibhausgasemissionen, die von NRW ausgehen, einen Anteil von unter 1 % an dem weltweiten Ausstoß ausmachen. Ihre Logik zu Ende gedacht müsste ja bedeuten: Dann lohnt es sich an der Stelle auch nicht, irgendetwas zu tun. Denn der Anteil der Treibhausgasemissionen von NRW an ist ja noch geringer als der Anteil der Ausgaben des Einzelplans 10 am Gesamthaushalt. Diesen Widerspruch können Sie sicherlich nicht auflösen.

(Beifall von der FDP)

Was Sie beim Klimaschutz, Herr Minister Remmel, überambitioniert sind, das das fehlt Ihnen bei der Haushaltsdisziplin. Wir würden uns da etwas mehr Gleichgewicht wünschen.

Hinter den Zahlen im Haushalt – den für viele sicherlich sehr trockenen Zahlen im Haushalt –, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht immer eine Politik, stehen einzelne Projekte, die damit umgesetzt werden. Ein großes Projekt, das uns schon seit einigen Wochen beschäftigt und uns sicherlich noch die kommenden Monate beschäftigen wird, ist das Landesnaturschutzgesetz. Dazu liegt uns ein Gesetzentwurf vor.

Wir meinen – das habe ich an verschiedenen Stellen schon deutlich gemacht –, dieser Entwurf braucht dringen eine Generalüberholung. Er muss zurück in die Werkstatt. Diesem Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes fehlt Messbarkeit, ihm fehlt Vertrauen, ihm fehlt Respekt.

Es fehlt Messbarkeit. Denken wir an den Biotopverbund. Ich muss Ihnen sagen, Herr Minister Remmel: Es ist dem Parlament gegenüber eine Frechheit, wenn Sie auf die noch laufenden Willensbildung der Landesregierung verweisen – das können wir Ihnen nicht abnehmen – und nicht beantworten können, ob schon 15 % der Landesfläche im Biotopverbund sind oder nicht. Denn bei der Erstellung muss man sich ja etwas dabei gedacht haben. Da Sie nicht antworten, kann das Ergebnis nur lauten: Sie haben sich dabei nichts gedacht. Sie haben gewürfelt. Das ist weder sach- noch fachgerecht.

(Beifall von der FDP)

Das passt aber insgesamt zu Ihrem Motto „Viel hilft viel“. Wir hatten schon Diskussionen über das Naturschutzgesetz. Kollege Rüsse hat dazu gesagt, was die Artenvielfalt angehe, sei in den letzten 30 Jahren alles immer nur schlimmer geworden;

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Rüsse ist ein guter Mann!)

darum müssten wir jetzt mit mehr Geld, mit mehr Personal weitermachen. Sie wollen also das Tempo erhöhen, noch mehr aufs Gas. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, an der einen oder anderen Stelle aber auch die Richtung hinterfragen, weil die Entwicklung differenziert ist.

Ja, es gibt bei einzelnen Arten starken Rückgang. Es gibt aber auch Arten, die stabil sind. Es gibt auch Arten, deren Zahl zugenommen hat. Die pauschale Antwort, einfach nur das Tempo erhöhen zu wollen, reicht uns darum nicht aus. Konkrete Ziele müssen mit konkreten Maßnahmen und einer klaren Verantwortung verknüpft werden. Was hilft es eigentlich genau? Wie soll mit einem Biotopverbund von welcher Größe was exakt erreicht werden? Diese Messbarkeit und diese Verantwortung finden wir in diesem Entwurf nicht.

(Beifall von der FDP)

Es fehlt Vertrauen. Über den sogenannten Flurfunk gab es ein Beispiel dafür, was dies – wie ich meine – sehr anschaulich macht. Angeblich soll es für das Naturschutzgesetz einmal Pläne gegeben ha-

ben, in Einzelbereichen so weit zu gehen, sogar Fruchtfolgen in der Landwirtschaft den einzelnen Betrieben vorzugeben. Das zeigt, welch gefährlicher Geist in Ihrem Hause, Herr Minister, weht. Es fehlt Vertrauen in diejenigen, die seit vielen Generationen Höfe bewirtschaften, die mit, von und in der Natur leben.

Das zeigen übrigens auch Ihre Überlegungen, in die gute fachliche Praxis einzugreifen. Herr Kollege Meesters, natürlich entwickeln sich die Menschen weiter, entwickeln sich die Zeiten weiter. Aber die gute fachliche Praxis entwickelt sich in der Praxis und durch eine entsprechende wissenschaftliche Begleitung weiter – nicht auf dem Ministeriumstisch in Düsseldorf.

Meine Damen und Herren, es fehlt Respekt – Respekt vor den Landnutzern, vor deren Arbeit, die sie, wie ich gerade schon sagte, seit vielen Generationen geleistet habe. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass sowohl die Regierung als auch die sie tragenden Fraktionen im Ausschuss unheimlich gerne Einzelfälle für ihre Stoßrichtung instrumentalisieren. Denken Sie zum Beispiel an die Unglücksfälle, an die Brände in Mastställen, denken Sie zum Beispiel an die Diskussion zur Antibiotikadatenbank.

Bei Ihnen gilt: Hauptsache, alles ist öffentlich. Denn dann können Sie direkt Schlüsse ziehen, ohne dass überhaupt eine ausreichend große Zahl an Daten gesammelt wurde.

Sie instrumentalisieren das für eine Stimmungsmache, und gleichzeitig stellen Sie in diesen Haushalt eine viertel Million Euro ein, um Projekte für die Wertschätzung von Lebensmitteln und die Arbeit der entsprechenden Branche zu unterstützen. Sie zerstören also erst Vertrauen und wollen dann hinterher mit dem Geld der Steuerzahler dieses wieder ein Stück weit aufbauen. Das kann wahrlich nichts mit guter Haushaltsführung zu tun haben.

Sie wollen Betroffene zu Beteiligten machen. Das setzt aber den kooperativen Ansatz nun wahrlich voraus. Herr Meesters, natürlich finden sich – denken Sie zum Beispiel an den gesetzlichen Schutz der Streuobstwiesen – verbindliche und nicht mehr kooperative Ansätze in diesem Gesetz wieder. Diese können Sie nicht wegdiskutieren.

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Willen zum Sparen, keinen Willen zur Konzentration auf das Wesentliche. In diesem Hause herrscht Misstrauen, es fehlt an Respekt, und es fehlt Messbarkeit. Diesen Einzelplan kann man nur ablehnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Höne. – Für die Grünen-Fraktion hat Herr Kollege Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte einige Befürchtungen, was da jetzt vonseiten der Opposition an Kritik kommen würde, da ich Sie zusammen mit meinem Kollegen Meesters auf einigen Veranstaltungen in letzter Zeit erlebt habe und dort einiges an unsachlicher Kritik – gerade auch am Landesnutzschutzgesetz – gekommen ist.

Ich glaube, wir sind alle gut beraten, auf einer sachlich-fundierten Ebene miteinander weiterzuarbeiten und uns zu überlegen, ob wir uns diesen unsachlichen Vorstößen, die insbesondere immer wieder aus diesem Aktionsbündnis Ländlicher Raum kommen, anschließen. Dass dieses Aktionsbündnis für Sie als CDU eine gewisse Verlockung darstellt, ist nachvollziehbar; schließlich stellen Sie bei einigen Verbänden sogar die Spitzen. Aber trotzdem muss man sich gut überlegen, ob man so ein Aktionsbündnis auch noch instrumentalisiert oder ob man gemeinsam an der Sache arbeitet.

(Christof Rasche [FDP]: Wie beim BUND-Vorsitzenden! Oder beim NABU!)

– Herr Rasche, ich bin weder Vorsitzender eines BUND-Ortsverbandes noch eines NABU-Ortsverbandes. So einfach ist das. Ich bin nur hier im Parlament. Das ist es.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dadurch sichert man sich dann auch eine objektive Position.

(Christof Rasche [FDP]: Oh ja! – Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Ich sage Ihnen eines: Herr Höne und Frau Schulze Föcking, Ihre Kritik an diesem Einzelplan läuft komplett in die Leere. Ich habe das Gefühl, Sie haben sich diesen gar nicht genau angeguckt. Sie haben gar nicht geguckt, was dieser Einzelplan eigentlich bewirkt. Sie haben nur ein Ziel, wenn Sie auf den ländlichen Raum gucken: den ländlichen Raum für die Nutzerseite zu optimieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sagen, der ländliche Raum ist für alle Menschen im ländlichen Raum da, und daher müssen die Interessen gegeneinander abgewogen werden. Das ist es, was gute Politik für den ländlichen Raum ausmacht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Norbert Meesters [SPD]: Recht hat er! – Gegenruf von Christof Rasche [FDP]: Er macht es aber nicht! Er macht das Gegenteil!)

Wir haben – ich kann mich gut daran erinnern – 2010 zusammengesessen und überlegt, was wir für den ländlichen Raum machen können. Wo können wir die Förderung optimieren? Was geht da?

Da haben wir schnell festgestellt, so viel geht da gar nicht. Man ist in der Politik nämlich an das gebun-

den, was die europäischen Förderperioden hergeben, und die geben nur das her, was die Vorgängerlandesregierungen ausgehandelt haben.

Wenn man sich anschaut, was Sie als schwarz-gelbe Landesregierung gemacht haben, dann stellt man fest, dass Sie über eine Bundesratsinitiative die Emissionswerte hochgesetzt haben, um die Massentierhaltung erst richtig in Fahrt bringen zu können. Sie haben allerdings nicht dafür gesorgt, dass NRW ausreichend Mittel für die zweite Säule bekommen hat. Da waren Sie ganz schwach.

Sie haben damals im Konzert der Bundesländer – da muss es schließlich verhandelt werden – darauf verzichtet, weil Sie die zweite Säule aus ideologischen Gründen eigentlich gar nicht wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr freundlich von Ihnen. Herr Kollege Busen hat die Zwischenfrage. Bitte schön.

Karlheinz Busen^{*)} (FDP): Herr Rüße, Sie sagten gerade über den ländlichen Raum, dieser gehöre uns allen. Meine Frage: Wann wollen Sie das Eigentum abschaffen? Wollen Sie es noch diese Legislaturperiode tun oder erst in der nächsten?

(Dietmar Bell [SPD]: Tolle Frage! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das musste aber gesagt werden!)

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Busen, weder Sie noch ich noch irgendwer sonst in diesem Landtag – da sind wir uns doch einig – will Eigentum abschaffen. Es geht nur darum, dass dem Eigentum entsprechend dem Grundgesetz eine gewisse Sozialpflichtigkeit obliegt, und dieser ist nachzukommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der zweiten Säule waren wir stehen geblieben. Das ist meiner Meinung nach mit der spannendste Punkt im Haushalt. Ich möchte einmal vergleichen, was Sie 2010 in Ihrem letzten Haushalt vorsahen und was wir jetzt vorsehen. Zu Ihrer Zeit beinhaltete der Haushalt Zuschüsse der Europäischen Union in Höhe von 50 Millionen €. Unser Haushaltsentwurf sieht heute Zuschüsse in Höhe von 110 Millionen € vor, mit denen man ländliche Räume vorwärtsentwickeln kann.

Meine Damen und Herren, wenn man die Förderperiode von 2007 bis 2013 und die jetzt laufende miteinander vergleicht, stellt man Folgendes fest: In

der Förderperiode zu Ihrer Zeit waren es 850 Millionen €, jetzt sind es 1,2 Milliarden €. Das ist ein erheblicher Unterschied.

Wir haben damals überlegt, was wir in der nächsten Förderperiode ab 2014 bekommen. Was ist überhaupt noch möglich? Wir hatten damit gerechnet, dass es weniger würde; schließlich ist die Gesamtmasse kleiner geworden. Aufgrund Ihrer Ausgangsbasis mit 850 Millionen € hätten wir eigentlich nur noch mit 700 Millionen € rechnen können. Aber dieser Minister und sein Staatssekretär Horst Becker haben gut verhandelt mit den anderen Bundesländern. Sie haben gesagt, es könne nicht sein, dass es Länder gebe, die dreimal so viel pro Hektar bekommen wie Nordrhein-Westfalen. Deshalb haben wir jetzt mehr Geld. Deshalb können wir es jetzt machen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das war der guten Verhandlungsstrategie unseres Ministeriums geschuldet. Aber – der kleine Einschub sei mir erlaubt – Verhandlungsstrategie war in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit nicht gerade Ihre Stärke. Da muss man nur auf die Klausner-Verträge schauen; da haben Sie es auch nicht hingekriegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Höne, Sie sagen doch immer, die Höhe der Mittel sei stark angestiegen. An anderer Stelle fragen Sie uns, wie wir die Bauern ansprechen wollen, wenn wir nicht die Prämien erhöhen. Die Prämien muss man von Zeit zu Zeit anheben, aber das kann man nur machen, wenn man dafür auch Geld in die Hand nimmt. Da wir nun die Mittel haben, können wir die Fördersätze im Vertragsnaturschutz hochsetzen. Wir können die Fördersätze im Ökolandbau hochsetzen. Wir können jetzt erstmals richtig Geld auch für Tierschutzmaßnahmen bereitstellen. Und wir können auch Bereiche wie die Dorferneuerung angehen; auch dafür sind die Mittel verdoppelt worden. Insofern sind das doch hervorragende Ansätze, die wir an dieser Stelle haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch eines – denn es geht immer um die Frage der Verlässlichkeit –: Herr Busen, Verlässlichkeit gilt für alle Bauern, und etwas Unzuverlässigeres, als es die alte schwarz-gelbe Landesregierung im Vertragsnaturschutz und gegenüber dem Ökolandbau war, gibt es gar nicht. Und dass heute nicht mehr Landwirte Ökobauern sein wollen, liegt immer noch daran, dass sie uns sagen: Wie war das denn damals? Wir können doch nicht auf das Land NRW zählen.

(Rainer Deppe [CDU]: Das ist doch eine Frechheit!)

Meine Damen und Herren, ein ganz besonderer Punkt ist hier noch gar nicht angesprochen worden. Ich meine das LEADER-Programm. Ich glaube,

wenn wir auf eines richtig stolz sein können, dann ist es der Ausbau im Bereich LEADER. Während Ihrer Zeit waren es 12 Regionen, die mit 15 Millionen € gefördert wurden, wir haben jetzt 24 plus 4 Regionen, die mit 75 Millionen € gefördert werden.

Weil es so gute Bewerbungen gegeben hat und weil es Regionen gab, die gesagt haben: „Das ist aber wirklich schade, dass wir nicht mitmachen können“, haben wir als Fraktionen gesagt: Okay, dann stärken wir das Programm noch einmal und legen in der Förderperiode noch einmal 12 Millionen € drauf. – Das heißt, in ganz NRW kommen jetzt noch ungefähr 35 Regionen hinzu. Ihr Flickenteppich ist damit beendet, und LEADER wird eine flächendeckende Fördermaßnahme in NRW.

Alles in allem kann man sagen: Man kann sich immer mehr wünschen, aber im Rahmen dessen, was möglich ist, ist dieser Haushalt geradezu optimal für den ländlichen Raum. Ich glaube, dieses Land ist ein verlässlicher Partner für den ländlichen Raum. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Zuschauer hier drin und auch draußen! Wir werden uns hier im Plenum zum Einzelplan 10 enthalten. Insgesamt ist dieser Einzelplan 10 nicht so schlecht, dass man dagegen stimmen müsste, aber leider gilt weiterhin, was ich schon in den vorigen Jahren sagte:

Der Zustand in Umwelt und Natur ist traurig, und Besserung lässt auf sich warten. Die Wälder sind in einem schlechten Zustand, Arten sind bedroht, Habitate gehen verloren, der Druck auf die knappen Flächen ist ungebremst, wir finden großflächige und weiter akkumulierte Schadstoffbelastungen durch Kohlekraftwerke, ebenso großflächige und weiter zunehmende Monokulturen in der industrialisierten Landwirtschaft

(Karlheinz Busen [FDP]: Quatsch! Monokulturen! Quatsch!)

und mit Belastungen durch Intensivtierhaltung, Dünger und Pestizide, Herr Busen, eine zusätzliche Überdüngung durch Stickoxide aus dem Verkehr.

Wir erkennen die bisherigen Anstrengungen an, aber nach wie vor reichen sie nicht. Es gilt weiterhin, dass wir in allen Bereichen immer nur ein Erkennen der Probleme und ein zu zaghaftes Angreifen sehen. Wir vermissen nach wie vor ein wirklich stringentes Gesamtkonzept in Nordrhein-Westfalen. Das ist weiterhin zu viel Klein-Klein, insgesamt alles noch zu wenig und nicht wirklich Hand in Hand.

Der Landesentwicklungsplan, den ich mir hier vor einem Jahr als eine kräftige Hebelstange für Biodiversität, Flächenmanagement und nachhaltige Entwicklung wünschte, ist nicht zu dieser Klammer eines erforderlichen Gesamtkonzeptes geworden. Den Klimaschutzplan hat man völlig herausgenommen, jedenfalls in der jetzigen Entwurfsfassung, das ist ganz unverständlich. Genauso unverständlich ist die Unverbindlichkeit des Klimaschutzplanes.

Das von der EU eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wegen der Zustände im Vogelschutzgebiet Hellwegbörde ist immerhin gestoppt; leider aber nicht, weil sich die Zustände dort so sehr verbessert hätten, sondern aufgrund von Plänen, die jetzt erst noch geschmiedet werden müssen, und Zusagen, die erst noch gegeben und dann eingehalten werden sollen.

Wir sehen immer noch keine oder nicht ausreichende strategische Aussagen zu Suffizienz, zum konsequenten ökosozialen Umbau, sondern nur dieses „Weiter so!“ mit dem fortgesetzt bedingungslosen Primat einer degenerativen Wirtschaftsweise.

Zum Verbraucherschutz und auch zum geplanten Naturschutzgesetz wird Frau Brand gleich noch einiges sagen.

Wir haben diesem Einzelplan in der Vergangenheit jedenfalls zugestimmt. Im letzten Jahr haben wir ihn abgelehnt, davor haben wir zugestimmt. Wir betreiben hier keine Fundamentalopposition ein. Nichts würde mich mehr freuen als ein Einzelplan, der insgesamt so gut ist, dass wir ihm wieder zustimmen könnten. Dieses Mal hat es dafür nicht gereicht. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rohwedder. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist quasi schon mit der Tür ins Haus gefallen oder jedenfalls so auffällig, wie ich es selten erlebt habe, dass die beiden Oppositionsfraktionen von CDU und FDP sich überhaupt nicht mit dem Einzelplan beschäftigt haben. Sie haben kein Wort darüber verloren, lediglich ein paar Hülsen. Inhaltlich haben Sie null gesagt.

Auch wenn es vielleicht etwas dünn war, muss ich das als Lob für die Landesregierung und für den Einzelplan 10 interpretieren; denn offensichtlich stehen alle Baustellen und Politikfelder, die in diesem Bereich zu behandeln sind, so gut da, dass Sie keine Kritik daran zu üben haben. Sonst hätten wir uns sicher intensiver mit dem Einzelplan 10 beschäftigen müssen.

Ich weiß, warum das so ist, und das will ich Ihnen auch kurz darlegen. Am Anfang, im Jahr 2010, haben Ihre eigenen Leute bezogen auf die Umweltverwaltung festgestellt, dass, wenn nicht dringend bei der personellen Ausstattung nachgebessert wird, wir uns eines Organisationsversagens schuldig machen,

(Vereinzelt Beifall von den Grünen)

und zwar zulasten der Umwelt und der Menschen.

Diese Frage ist konsolidiert; denn die Umweltverwaltung ist aufge bessert, sie steht und arbeitet hervorragend. Noch nie wurde so viel Geld für den ländlichen Raum ausgegeben. Das hat diese Landesregierung für die Menschen erreicht, und der ländliche Raum hat es auch verdient, weil es dort prosperierende Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit und hoher Produktivität sowie viele kleine und mittlere Firmen gibt, die Weltmarktführer sind.

Stärken zu stärken ist unsere Aufgabe, und das tun wir auch, beispielsweise mit dem LEADER-Programm. In der letzten Legislaturperiode waren es 12 Regionen, mittlerweile sind es 28, und wir legen noch einmal eine Schippe oben drauf. Da hätte ein kleines Lob schon Gutes getan.

Auch eine solche Konzentration der europäischen und Landesfördermittel auf den Bereich Energie und Umwelt hat dieses Land noch nicht erlebt. Wir wollen in der Tat die grüne Wirtschaft, die Umweltwirtschaft, die heute schon mehr Wachstum in unserem Land generiert als andere Branchen, stärken. Deshalb liegt der Fokus auch auf diesem Bereich. Es handelt sich also um ein rundum gutes Angebot.

Nehmen wir noch den Ansatz im Breitbandausbau hinzu. Hier hat es die Landesregierung nicht nur geschafft, die vorhandenen Mittel für den Breitbandausbau deutlich zu steigern, sondern wir haben durch geschickte Verhandlungen auch mit dem Bund das Portfolio für die Zukunft deutlich erhöht, um den weiteren Ausbau, der nötig ist, auch voranzutreiben.

Statt sich also mit dem Haushalt und den guten Entwicklungen zu beschäftigen – die offensichtlich so gut sind, dass Sie sich nicht trauen, darauf einzugehen, weil Sie dann auch positive Worte finden müssten –, steht im Mittelpunkt der Debatte das Landesnaturschutzgesetz. Ja, wo sind wir denn eigentlich? Wir sind bei der Haushaltsdebatte. Ich finde schon, dass das heute ein Zeichen der Verrohung der parlamentarischen Sitten ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Karlheinz Busen [FDP] und Henning Höne [FDP])

Es ist guter Brauch in diesem Hause, Herr Busen, dass wir über Gesetze dann diskutieren, wenn sie ins Parlament eingebracht sind. Und es handelt sich hier um ein übliches Verfahren der Verbändeanhörung zu einem Referentenentwurf.

(Karlheinz Busen [FDP]: Die Verfahren kennen wir ja!)

Diskutieren Sie doch dann über das Landesnaturschutzgesetz – das ist auch der richtige Ort –, wenn es ins Parlament eingebracht ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann können Sie auf einer ordentlichen Grundlage diskutieren. So ist alles Nebel. Irgendwie versucht man von Ihrer Seite, etwas zu unterstellen und mit Dreck zu schmeißen. Irgendetwas bleibt ja schon hängen.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Warum machen Sie so etwas? Sie sehen offensichtlich – das ist der eigentliche Grund – im ländlichen Raum Ihre Felle davonschwimmen. Die Menschen sind nämlich nicht mehr so blind, wie sie einmal waren,

(Karlheinz Busen [FDP]: Gott sei Dank!)

als sie nur noch Ihnen gefolgt sind. Das ist der eigentliche Grund.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Sie haben schon erhebliche Probleme, in Städten zu mobilisieren. Jetzt haben Sie Angst, dass Sie auch auf dem Land zu kurz kommen. Genau so wird es auch sein. Die Menschen erkennen, wer für ihre Interessen eintritt, und sehen, dass Sie das eben nicht mehr sind. Deshalb müssen Sie hier angstbeißen, wie Frau Schulze Föcking es eben gemacht hat. Nichts anderes ist das nämlich.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Meesters [SPD])

Reden wir dann tatsächlich einmal über Inhalte.

(Christof Rasche [FDP]: Aha!)

„Jedes Jahr verschwinden Tausende Pflanzen- und Tierarten, die unsere Kinder nicht mehr sehen können, verloren für immer. Die weitaus größte Mehrheit stirbt aus Gründen, die mit irgendeinem menschlichen Tun zusammenhängen.“

Dieses Zitat finden Sie in der Öko-Enzyklika des Papstes. Besser und klarer kann man nicht ausdrücken, was mit unserer Natur derzeit passiert.

Deshalb sage ich Ihnen: Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, die Schöpfung als Quelle unserer Existenz zu schützen und zu bewahren. – Hier hätte die CDU-Fraktion eigentlich klatschen können; denn diese Aussage stammt aus dem CDU-Grundsatzprogramm.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Dazu fällt an dieser Stelle kein Wort. Kein Wort von Frau Schulze Föcking zur Problemlage! Ich hätte erwartet, dass Sie sich damit auseinandersetzen und auch einmal etwas zur Sache sagen. 45 % der Tiere und Pflanzen in Nordrhein-Westfalen sind vom Aussterben bedroht oder schon ausgestorben. Was ist Ihre Antwort auf diese Fragestellung?

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: Die haben keine Antwort!)

Ich weiß ja nicht, ob Sie sich einmal mit der Nordrhein-Westfälischen Ornithologengesellschaft unterhalten haben. Im Vorstand dieser Gesellschaft gibt es jemanden, mit dem Sie noch in der letzten Legislaturperiode relativ eng zusammengearbeitet haben. Keiner hat mir bisher die Problemlage so dramatisch geschildert und mich so dringend aufgefordert: Tut endlich etwas. Wendet das Ordnungsrecht an. Es geht nicht anders. Die Entwicklung ist bei den Vögeln, bei der Natur und bei dem, was in unserer Landschaft passiert, dramatisch schlecht. – Kein anderer hat mich so intensiv aufgefordert.

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich mit diesem Ihnen bekannten Kollegen auseinandersetzen und mit ihm diskutieren, um dann hier Vorschläge einzubringen, was wir tun können, damit wir auf diesen dramatischen Verlust tatsächlich reagieren, anstatt an dieser Stelle zu schwadronieren, wie Sie das eben getan haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Wer war es denn?)

In Bezug auf die Frage, wie zukünftig Landwirtschaft, Landbewirtschaftung und Familienbetriebe im ländlichen Raum gestützt werden können, hätte ich von Ihrer Stelle ebenfalls Antworten erwartet. Aber auch dazu kam kein Wort.

Wie schaffen wir es denn, dass für gute Produkte wie Milch und Fleisch bessere Preise bezahlt werden? Das ist unsere Gestaltungsaufgabe. Wir haben die Programme, die wir dazu auf Landesebene machen können, tatsächlich erhöht. Das ist der gute Ansatz dieses Haushalts.

Deshalb würde ich mir wünschen, Sie wären ehrlich und würden dem Haushalt an dieser Stelle auch zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: Wer war denn der Mann?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Bleiben Sie bitte am Pult, Herr Minister.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wer war das denn, der so gedrängt hat?)

– Keine Zwischenfragen ohne Anmeldung! – Wer war das denn, Herr Minister?

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich habe gesehen, wie die Köpfe von Herrn Deppe und Frau Schulze Föcking immer weiter heruntergingen. Sie wollten mich gar nicht mehr angucken. Sie wissen, wer das ist. Ich will Sie nicht gegeneinander ausspielen. Aber besprechen Sie bitte einmal die Problemlage mit ihm und kommen Sie dann noch einmal wieder. Dann diskutieren wir vielleicht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wer ist es denn? – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Darf ich um Aufmerksamkeit bitten? – Wir haben eine Kurzintervention von der CDU-Fraktion angemeldet bekommen. Herr Deppe hat sich dazu angemeldet. Herr Deppe, bitte schön. Sie haben das Wort zu Ihrer Kurzintervention.

Rainer Deppe (CDU): Herr Minister, Sie haben uns eben in einer Zwischenphase Ihrer Rede massiv vorgeworfen, wir würden über den Haushalt und überhaupt über die wesentlichen Dinge nicht diskutieren. Da will ich Ihnen einmal Folgendes sagen: Wenn Sie der Opposition konsequent jede Antwort zu Ihrer Politik verweigern, ist es kein Wunder, wenn diese Debatten in der Form stattfinden, in der sie hier geführt werden; denn das ist von Ihnen verursacht.

(Beifall von der CDU)

Wir haben Ihnen im vergangenen Jahr 70 Fragen zum Haushaltsvollzug gestellt. Sie können sie nicht beantworten. Dann haben wir gesagt: Okay, es ist zu viel Arbeit, wie Sie damals ja geschrieben haben; wir stellen jeder nur eine Anfrage. – Auch diese sieben Anfragen haben Sie nicht beantwortet. Nein, wir wissen gar nicht, wo das Geld geblieben ist. Und dann erzählen Sie uns hier etwas von nachhaltiger Politik! Das passt doch alles gar nicht zusammen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dann stellen wir Fragen zum Naturschutzgesetz, die die Bürger haben: Was verstehen Sie unter Streuobstwiesen? Was verstehen Sie unter natürlichen Felsbildungen? Was verstehen Sie unter Dauergrünland? – Da sagen Sie, dazu gebe es noch keine Kabinettsabstimmung. Für wie dumm halten Sie die Abgeordneten und die Bevölkerung eigentlich?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wissen nicht, was eine Streuobstwiese ist bzw. wie sie definiert wird? Glauben Sie, dass Frau Kraft Ihnen das sagen kann? Das ist doch die Politik, die Sie treiben.

Am Dienstag haben wir den Abfallwirtschaftsplan beraten, bevor er überhaupt im Kabinett war. Sie bringen Ihre Anträge doch nicht in die Ausschüsse

ein, sondern bringen sie unmittelbar hier ein, wenn eine Plenarsitzung stattfindet. Das haben wir beim Landesjagdgesetz gesehen. Dass die Bevölkerung Sorgen hat, dass es beim Naturschutzgesetz wieder so geht, ist doch wohl verständlich.

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben Sie sich diese Diskussionskultur ganz alleine selbst zuzuschreiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Deppe. – Herr Minister, nun kommt Ihre Antwort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Deppe, es wäre schön, wenn Sie den verehrten Kolleginnen und Kollegen und den Menschen, die hier als Zuschauer im Raum sind, auch erklären würden, dass es parlamentarische Regeln gibt. Und zu parlamentarischen Regeln gehört, dass man über Gesetzentwürfe dann diskutiert, wenn sie von der Landesregierung in den Landtag eingebracht werden.

In der Vorphase gibt es eine Verbändeanhörung. Das ist das, was jetzt stattfindet. Da haben die Menschen in den Verbänden, in den Institutionen und aus der Bevölkerung die Möglichkeit, sich aufgrund eines Referentenentwurfes zu äußern. Das findet statt. Anschließend muss das ausgewertet werden. Das ist eine Vorphase vor der parlamentarischen Beratung. Die Menschen und die Institutionen haben ein Recht darauf, dass sie dort ihre Meinung äußern können. Deshalb ist es richtig, dass zu diesem Zeitpunkt im Verhältnis von Parlament und Regierung noch keine Debatte stattfindet, um nämlich diese zivilgesellschaftliche Anhörung in Ruhe auszuwerten und dann dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Das ist ein ordentliches, ein vernünftiges Verfahren. Nur darauf habe ich Sie hingewiesen. Es wäre schön, wenn Sie das auch erklären würden, wenn Sie so entsprechend reagieren.

Die zweite Fragestellung bezogen auf den Haushalt ist auch klar. Es ist Ihnen mehrfach erläutert worden, dass das, was Sie fragen, Tausende von Haushaltsstellen betrifft. Dies können Sie erfahren, sobald die Haushaltsrechnung vorliegt. Die liegt in der Regel anderthalb bis zwei Jahre nach den Haushaltsjahren vor. Dann bekommen Sie jede Information. Zu dem Zeitpunkt setzen wir uns im Ministerium zusammen, und wir holen alles, was da ist, heraus. Das ist Ihr Recht. Das bekommen Sie auch.

Zum jetzigen Zeitpunkt jenseits dieses Verfahrens diese Tausende von Haushaltsstellen bei den Bezirksregierungen und bei der Landwirtschaftskammer abzufragen, ist einfach im Rahmen dessen,

was wir können, nicht möglich. Das ist Ihnen mehrfach erklärt worden. Es wäre schön, wenn Sie nicht ständig mit Unterstellungen arbeiteten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Deppe.

(Herr Deppe dreht sich zum Präsidenten mit erhobenem Glas.)

Da ist nur Wasser drin – keine Sorge, auch wenn er sich umgedreht hat.

(Heiterkeit und Beifall von allen Fraktionen)

Rainer Deppe (CDU): Meine Damen und Herren! Herr Rimmel, Sie wissen nicht, wo das Geld geblieben ist. Sie wollen es auch gar nicht wissen, weil Ihnen das egal ist. Das haben wir oft genug diskutiert. Ich will das hier nicht fortsetzen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das hat er schon hundertmal erklärt! Sie wollen es nicht begreifen!)

Meine Damen und Herren, „Nachhaltigkeit“ ist ja ein Begriff, mit dem Sie sich immer gerne schmücken. Jetzt haben Sie sogar noch ein eigenes Web-Portal dafür eingerichtet. Doch was verstehen Sie unter Nachhaltigkeit? Ist es in Ihren Augen nachhaltig, wenn das Umweltministerium seit 2010 zusätzlich 275 Stellen erhält?

(Minister Johannes Rimmel: Gott sei Dank!)

Ist es nachhaltig, dass das Umweltministerium ein Viertel aller Ausgaben der Landesregierung für Öffentlichkeitsarbeit verursacht? Sie mussten sogar eine eigene Halle anmieten, um Ihre Broschüren zu lagern.

(Minister Johannes Rimmel: Sie haben ja gar keine Ahnung!)

Sie meinen offenbar, es wäre schon zukunftsorientiert, wenn Sie in der Nachhaltigkeitsstrategie ein Kapitel mit „nachhaltiger Finanzpolitik“ überschreiben, aber ansonsten Ihre Schuldenpolitik unverändert fortsetzen.

Im Ausschuss haben SPD und Grüne zusätzliche Ausgaben von sechseinhalb Millionen Euro beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Für die Halle! – Heiterkeit bei der SPD)

Deckungsvorschläge? – Fehlanzeige. Sie nehmen zusätzliche Kredite auf. Das Einzige, was daran nachhaltig ist, besteht darin, dass unsere Kinder und Enkel in Zukunft immer noch für Ihre Wohltaten

von heute kräftig zahlen müssen, während Sie ganz nachhaltig im Ruhestand sitzen.

Apropos nachhaltig: Das größte Umweltrisiko in Nordrhein-Westfalen ist die Hochwassergefahr, insbesondere am Rhein und in seinem Einzugsgebiet. An keinem anderen Fluss in Deutschland gibt es eine höhere Siedlungsdichte. Sie haben die Fertigstellung des Hochwasserschutzes gerade um zehn Jahre auf das Jahr 2025 verschoben.

(Zuruf von Norbert Meesters [SPD])

Wenn Sie so weitermachen, Herr Meesters, dann werden Sie auch dieses Datum wieder verschieben. Wir wollen jedes Jahr 50 Millionen € in den Hochwasserschutz, und zwar vorrangig in den technischen Hochwasserschutz, investieren.

(Beifall von der CDU)

Dass Sie unseren Antrag zum vierten Mal ablehnen, kann ich nur als unverantwortlich bezeichnen.

(Beifall von der CDU)

Auch der Schutz von Menschen ist nachhaltig, meine Damen und Herren.

Im Bereich der erneuerbaren Energien kommen Sie Ihrem Nachhaltigkeitsziel ebenfalls nicht nach. Bis 2020 sollen 15 % des Stroms in NRW aus heimischer Windenergie stammen. Bisher sind wir bei 4 % und damit von den Zielen weit entfernt. Statt Hindernisse für Windräder aus dem Weg zu räumen, entwickelt sich der Artenschutz unter Ihrer Verantwortung zum schlimmsten Blockadeinstrument für den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Nicht ohne Grund hat der Landesverband Erneuerbare Energien Ihre Regelung zur Ausweisung von Windenergiegebieten als enttäuschend eng bezeichnet.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Hier so, vor Ort anders!)

Entgegen aller schönen Worte – Sie haben es eben auch erwähnt –, kommen Sie auch in der Umweltwirtschaft kein Stück voran. Im gerade vorgelegten Vergleich aller Bundesländer ist Nordrhein-Westfalen laut IT.NRW das Schlusslicht in der Beschäftigungsentwicklung im Umweltsektor. Seit 2010 beträgt der Beschäftigungszuwachs im Umweltwirtschaftsbereich bundesweit 15,3 % und in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 2,4 %. Das ist Platz 16 von 16 Bundesländern. So sieht der Erfolg Ihrer Politik aus.

Stattdessen beschäftigen Sie sich mit der Zählung von verwilderten Katzen, mit der Schwanzlänge von Mastschweinen, mit der Umstellung von Kantinen auf Biokost, und seit Monaten basteln Sie an Konzepten, wie Sie demnächst Tausende von Schlan-

gen, Eidechsen und Spinnen unterbringen, die Sie den privaten Haltern wegnehmen wollen.

Herr Minister, kümmern Sie sich endlich um die wichtigen Dinge der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen, und, Herr Minister, bringen Sie endlich Ihr Verhältnis zu den Menschen in Ordnung, die dafür sorgen, dass wir jeden Tag gesundes Essen auf dem Tisch haben, dass wir in unseren Wäldern brauchbares Holz haben, dass wir einen vielfältigen Wildbestand aufweisen, dass es weiter Fische in unseren Flüssen gibt und dass bei uns erneuerbare Energien erzeugt werden.

Sie alle gemeinsam sorgen dafür, dass drei Viertel unserer Landesfläche gepflegt werden und die Menschen dort Erholung finden. Setzen Sie auf Kooperation und nicht auf Konfrontation mit den Menschen, die sich tagtäglich in Nordrhein-Westfalen für Nachhaltigkeit einsetzen.

(Beifall von der CDU)

Landbewirtschaftung und Erhaltung der Natur sind für uns zwei Seiten der gleichen Medaille. Und für uns ist das wahre Nachhaltigkeit. Für Sie sind das offenbar Gegensätze.

Mit dieser völlig einseitigen Politik schaden Sie dem ländlichen Raum und damit am Ende auch der Umwelt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Deppe. – Nun hat für die SPD-Fraktion noch einmal Herr Kollege Meesters das Wort.

Norbert Meesters (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel Zeit habe ich nicht mehr, aber ich will die Zeit nutzen. Auf alles, was Herr Deppe gesagt hat, kann man gar nicht eingehen, weil es weder Hand noch Fuß hat, was Sie hier teilweise von sich gegeben haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darauf einzugehen, wäre wirklich eine intellektuelle Herausforderung, der ich hier nicht gewachsen bin. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

Lassen Sie mich auf zwei Sachen eingehen. Ja, wir sind sehr froh und wir sind sehr stolz darauf, dass wir es geschafft haben, die Umweltverwaltung wieder so aufzustoßen, dass wir das Personal haben, dass wir eine vernünftige Umweltverwaltung haben, die das umsetzen kann, was sie umsetzen muss.

Dann der Hochwasserschutz: Sie kommen immer wieder mit diesem Quatsch, Herr Deppe, wir würden den Hochwasserschutz nicht voranbringen. Die Wahrheit ist doch, dass Sie es nicht geschafft haben, Ihr Konzept bis 2015 umzusetzen. Sie hätten jedes Jahr nach Ihren eigenen Vorgaben 90 Millio-

nen € umsetzen müssen. Tatsächlich haben Sie 25 Millionen € im Schnitt umgesetzt.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Das heißt, Sie haben es überhaupt nicht in die Hand genommen, Ihr eigenes Ziel zu erreichen. Wir haben diese Problematik aufgegriffen. Wir haben das nötige Personal, das Sie abgebaut hatten – Sie haben das Genehmigungspersonal abgebaut –, wieder eingestellt.

(Zuruf von der CDU)

– Sie haben keine Ahnung. Dann fragen Sie einmal die Deichgräfe am Niederrhein, die nicht unbedingt meiner Partei, sondern Ihrer angehören, was die dazu sagen, dass Sie die Umweltämter damals abgeschafft haben.

Wir haben jetzt eine Regelung gefunden, dass es funktioniert. Es wird transparent bis 2025 dargestellt. Wir haben in der Tat 6,5 Millionen € mehr in den Haushalt eingestellt. Da denke ich aber nicht an meine Kinder in Sachen Schulden, sondern an meine Kinder in der Hinsicht, dass damit der Hochwasserschutz stärker finanziert wird, so wie wir es eben brauchen. So werden wir das in Zukunft auch halten, egal, welchen Blödsinn Sie in dieser Sache weiterhin erzählen werden. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Busen.

Karlheinz Busen¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, gleich vorab zu den Ornithologen. Dann müssen Sie auch schon die ganze Wahrheit sagen, dass die Krähenpopulation dermaßen zugenommen hat: Wenn 100.000 Krähen übers Land ziehen, dann kann natürlich kein einziger Bodenbrüter überleben. Das hätten Sie mit dazu sagen müssen.

(Beifall von der FDP – Christof Rasche [FDP]: So ist das!)

Sie haben ein kleines Lob eingefordert. Natürlich kann ich Ihnen ein kleines Lob geben. Sie haben erfreulich mehr Geld für die Landwirtschaft in letzter Zeit herausgeschlagen. Aber trotzdem will der Applaus nicht so richtig durchkommen. Woran könnte das denn liegen?

(Rainer Christian Thiel [SPD]: Falsche Farbe!)

Sie haben sich mit Ihrer Politik völlig verrannt. Ihre Politik, vor allem die Politik der langsamen und stillen Enteignung, lässt die betroffenen Menschen in Nordrhein-Westfalen im besten Fall ratlos, im Regelfall wütend zurück.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Landwirte und Familien sitzen abends beim Herdfeuer und beraten, ob es noch eine Zukunft für ihren Hof gibt.

(Christof Rasche [FDP]: So ist das!)

Und sie beraten nicht, weil der Schweinezyklus mal wieder unten angekommen ist,

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Doch deshalb! – Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Weil die Antibiotika so teuer sind!)

weil die Molkerei zu wenig Geld für die Milch bezahlt. Nein, sie beraten das, weil ihr Hof in Nordrhein-Westfalen liegt

(Beifall von der FDP und der CDU)

und weil sie wissen, dass der Minister ihnen ständig Steine in den Weg legt. Die Landwirte wissen, dass ein Vorkaufsrecht für Naturschutzverbände, wie im neuen Landesnaturschutzgesetz vorgesehen, eine Vergrößerung ihrer Hofstelle im Zweifel unmöglich macht.

(Norbert Meesters [SPD]: Sie reden von Sachen, die Sie nicht kennen!)

Sie wissen auch, dass immer neue Auflagen für die Tierhaltung alles erschweren. Sie wissen, dass das Ministerium durch das Verbandsklagerecht militante Tierrechtler stärkt, teilweise Kriminelle, die nachts in die Ställe der Bauern einbrechen und dort ihr Unwesen treiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Sie wissen, dass ein paar Euro mehr Subventionen, die Sie erstritten haben, nichts mehr wert sind, wenn Sie bei jeder Gelegenheit die ganze Branche in Verruf bringen.

Der Minister gibt 2,8 Millionen € für die Kampagne „Wertschätzung von Lebensmitteln“ aus. Aber wenn sich die Möglichkeit ergibt, wegen des Fehlverhaltens eines Einzelnen, vielleicht sogar eines Kriminellen die Wertigkeit der gesamten konventionellen Nahrungserzeugnisse infrage zu stellen, dann nutzen Sie dies eiskalt aus und schmeißen damit Millionen aus dem Fenster.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In den fünf Jahren haben alle gemerkt, dass dieser Minister auf den Rat von Fachleuten, von Wissenschaftlern und Praktikern keinen Wert legt. Weil es immer so ist, hat er inzwischen alle gegen sich: Landwirte, Jäger,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das kann ich nicht bestätigen!)

Förster, Angler, Fischer, Rohstoffgewinner, Gewerkschaften, Vogelfreunde, Verbände erneuerbarer Energien

(Norbert Meesters [SPD]: Und überhaupt! – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Artenschützer, Herr Rüße, Landschaftsschützer, Familienunternehmen, Verbraucherschützer, Grundbesitzer und Gartenbauern: Alle sind gegen euren Minister.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit einer beispiellosen populistischen Kampagne wurden Jäger als katzentötende Lustmörder gebrandmarkt. Wider besseres Wissen wurde eine Bestimmung zum Schutz und Erhalt der Artenvielfalt aus dem Jagdgesetz gestrichen. Erst auf Anfrage der FDP räumten Sie plötzlich ein, dass ein Abschuss wilder Katzen womöglich alternativlos sei. Eilig wurde das Naturschutzrecht statt des Jagdrechts als Grundlage herangezogen.

Dann wurde ein Erlass gezimmert, der eine völlig praxisfremde Katzenvolkszählung vorsieht. Siehe da: Statt den ehrenamtlichen Jägern und Naturschützern sollen es nun andere richten. Das kostet den Steuerzahler plötzlich eine halbe Million € – eine halbe Million € für ein Problem, das es ohne die fachlich völlig falsche Entscheidung in der Dimension gar nicht gäbe,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Da stimmt doch gar nicht!)

Herr Rüße.

(Beifall von der FDP)

Dieses Land hat, was die Zahl der Nachtragshaushalte deutlich beweist, ganz andere Probleme. Solange nicht genügend Geld für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur zur Verfügung steht, sind solche Haushaltsansätze, wie sie hier sind, eine Unverschämtheit. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteilte ich Frau Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Ehrlich gesagt, liebe Damen und Herren, das riecht doch schon nach Wasser, auch wenn das gerade bei der Rede von Herrn Deppe doch einen etwas anderen Eindruck gemacht hat.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zum Haushalt! Klimaschutz und seine Bedeutung sind zurzeit in aller Munde. Der Verantwortung, die wir in Nordrhein-Westfalen als großes Industrieland haben, werden wir mit dem Klimaschutzplan gerecht. Seiner Verabschiedung nähern wir uns gerade mit riesigen Schritten.

Der Klimaschutz nimmt natürlich auch im Haushalt des Umweltministeriums einen bedeutenden Teil ein. In der neuen Förderperiode der EFRE-Mittel stellen wir im Umweltressort fast 50 Millionen € allein in diesem Jahr zur Verfügung. Davon profitieren unter anderem die Leitmarkt Wettbewerbe Energie und Umweltwirtschaft, Projektaufrufe an Kommunen und Regionen im Bereich Klimaschutz, Kraft-Wärme-Kopplungs-Fonds, Wettbewerbe für Klimaschutz, Energieeffizienz, Energiesparen, Kraft-Wärme-Kopplung und Zukunftsenergien – um nur einige zu nennen. Das alles sind die wichtigen Bereiche, um vor Ort unsere Klimaschutzbemühungen, die wir auf nordrhein-westfälischer Ebene haben, ganz klar zu unterstützen. Das waren nur einige wenige Beispiele.

Wichtig bleibt noch zu erwähnen, dass sich diese 50 Millionen € des Landes insgesamt noch deutlich erhöhen, weil es sich hierbei um eine Kofinanzierung handelt. Für Planungssicherheit in diesem Bereich sorgen darüber hinaus – darüber bin ich auch sehr froh – die Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin auch froh darüber, dass wir in zwei Titelgruppen noch eine Erhöhung von insgesamt 2,65 Millionen € beschließen. Einerseits unterstützen wir damit die Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzplanes. Andererseits unterstützen wir mit einer deutlichen Erhöhung das Programm „progres“ – Markteinführung. Dieses Programm entwickelt sich stetig weiter und die Nachfrage steigt.

Es entwickelt sich natürlich deshalb weiter, weil sich auch die Technologien, die unterstützt werden müssen, immer weiterentwickeln. Technologien, die vor einigen Jahren noch eine Unterstützung für die Markteinführung gebraucht haben, wie beispielsweise ganz am Anfang noch einzelne Windräder, benötigen das heute eben zum Teil in dieser Form nicht mehr.

Apropos Windräder: Lieber Herr Deppe, wir haben ja jetzt einiges von Ihnen dazu gehört. Ich finde es schon schwierig, wenn Sie uns hier vorwerfen, dass wir nicht genug tun, Sie sich aber an anderen Stellen vor Ort eben diesen Kontroversen nicht aussetzen und häufig kneifen und Ihre Bundesregierung bei der Novellierung des EEG gerade alles dafür tut, damit sich Windenergie in Nordrhein-Westfalen in Zukunft wirklich gar nicht mehr lohnt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das finde ich absolut kritikwürdig.

Zurück zum progres-Programm: Da geht es eben mittlerweile nicht nur ganz streng um erneuerbare Energien, sondern auch um andere Technologien, die das unterstützen. In Zukunft werden beispielsweise Speicher eine immer wichtigere Rolle spielen. Dabei ist mir aber ganz wichtig, zu betonen: Wir müssen mit dem Ausbau der erneuerbaren Ener-

gien nicht warten, bis Speicher wirklich komplett billig und in der Breite verfügbar sind. Wir sind multitaskingfähig. Wir können mehr Erneuerbare ausbauen und gleichzeitig bei Speichern die Markteinführung sowie die Forschung und Entwicklung unterstützen.

Sehr geehrte Opposition, Ihre Vorschläge, finde ich, waren eben hier mehr als mau. Frau Schulze Föcking war sogar so verzweifelt, die angebliche Arroganz der Macht anhand von Streuobstwiesen beweisen zu wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da von Ihnen keine konstruktiven Vorschläge zum Haushalt kamen, müssten Sie eigentlich genau wie wir diesem Einzelplan zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Brems. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Abgeordnete Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Ich will kurz auf das eingehen, was von CDU und FDP kam, immer wieder dieses „fast 1 Milliarde €, und jedes Jahr wird es mehr und mehr“. Seien Sie doch froh! Es geht um den Umweltbereich, um die Umwelt und um die Natur, in der wir leben, und um unsere Zukunft.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das muss einen auch interessieren!)

– Das stimmt allerdings, aber vielleicht könnte ich das würzen mit: Es geht doch auch um die weinenden Kinder, Frau Schulze Föcking. Die müssten doch auch in Ihrem Interesse liegen.

Ich muss noch mal ein Wort zum Landesnaturschutzgesetz verlieren. Ich werde das jetzt nicht inhaltlich debattieren; denn es liegt ja noch nicht vor. Ich habe bloß den Appell, dass wirklich die Leute, die es betrifft, auch ins Boot geholt werden, das heißt, dass das, was in den Anhörungen und in den Stellungnahmen jetzt an Sie herangetragen wird, mit in das Landesnaturschutzgesetz einfließt. So wie es im Moment aussieht, hat es für mich – da muss ich ausnahmsweise mal Herrn Busen recht geben – zum Teil einen Enteignungscharakter, wie dort mit Flächen umgegangen wird.

Ich möchte noch einmal zum Verbraucherschutz kommen. Der Minister hat es angesprochen. Es gibt aktuell 12 Millionen und dann zukünftig 14 Millionen. Wir hatten ja auch ein schönes Treffen hier, bei dem ein nettes Foto mit Herrn Schuldzinski gemacht wurde und bei dem es darum ging, dass jetzt die Zukunft der Verbraucherzentrale NRW in den nächsten Jahren insoweit gesichert ist.

Das sehe ich allerdings als einen Mindeststandard an. Wenn Sie sagen, für das Jahr 2016 sei einer Ihrer Schwerpunkte der Verbraucherschutz, dann hätte ich erwartet, dass nicht wie jedes Jahr die unseren Ausschuss betreffenden Bereiche mit der Gießkanne mehr Geld bekommt ohne irgendeinen Schwerpunkt, sondern dass gerade beim Verbraucherschutz noch einmal finanziell ein deutlicheres Signal gesetzt wird. Es bleibt eine Wortblase „Wir haben den Schwerpunkt Verbraucherschutz“, wenn diese nicht wirklich gefüllt wird.

Stattdessen waren Sie sich nicht zu schade, unseren Antrag bewusst ins Lächerliche zu ziehen, mit dem wir Verbraucherschutz als Staatsziel gefordert haben. Ich finde, das ist eine Schwerpunktsetzung, bei der Taten wirklich den Worten folgen. Leider war Ihre Rede dazu – das muss ich jetzt auch dazu sagen – sehr schlecht recherchiert. Denn Sie haben den schwedischen Koch in Dänemark verortet und die „Muppet-Show“ in die „Sesamstraße“. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Herr Deppe, Sie haben bezogen auf die Umweltwirtschaft einen Vergleich mit anderen Bundesländern angestellt. Die Zahlen sind richtig. In der Tat: Die Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wächst nicht so stark wie in anderen Bundesländern. Das hat aber einen Grund. Wir sind ganz vorne. Wir sind auf sehr hohem Niveau. Die Umweltwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wird seit Langem als Querschnittsbranche unterstützt, und sie hat sich gut entwickelt. Das ist unser gemeinsamer Anspruch.

Insofern würde es mich freuen, wenn Sie an der Stelle in die Diskussion einsteigen würden: Wie könnten wir diese erfolgreiche Branche noch weiter unterstützen, dass sie auch vorn bleibt und sie die Dynamik, die sie mit höheren Wachstumszahlen im Vergleich zur übrigen Wirtschaft hat, auch dauerhaft behält? Deshalb auch unser Vorschlag, hier eine Konzentration mit dem Umweltwirtschaftsprogramm vorzunehmen und die Branchen konkret zu unterstützen. Da würden mich der fachliche Diskurs und Ihre fachlichen Vorschläge tatsächlich interessieren.

Herr Busen, ich muss sagen, ich habe eben richtig Angst bekommen. Mir schlotterten sozusagen die Knie, wie Sie sich hier als Revolutionsführer, quasi Che Guevara gleich, aus dem westlichen Westmünsterland generiert haben,

(Zuruf von Karlheinz Busen [FDP])

um deutlich zu machen, der ganze ländliche Raum stehe hinter Ihnen. Der Minister hat richtig Angst bekommen.

Aber wenn man vor Ort mit den Menschen spricht, ist davon null und nichts mehr in den Diskussionen vorhanden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann muss man nämlich real über die Probleme reden, Herr Busen. Dann muss man ganz real beantworten, wie es sein kann, dass wir bei der Belastung im Grundwasser – in manchen Regionen 40 % – in unserem Land die letzten 20 Jahre nicht vorangekommen sind. Dann müssen Sie das beantworten. Die Menschen vor Ort fragen auch danach, wie das denn sein könne. Dann müssen Sie beantworten, warum das Grünland in den letzten Jahren verschwunden ist. Wo ist es denn hin?

(Zuruf von Karlheinz Busen [FDP])

Wer muss wie das Grünland schützen? Herr Busen, da hilft keine Revolutionsrhetorik, da muss man sich mit konkreten Sachverhalten auseinandersetzen, und dazu fordere ich Sie ganz herzlich auf.

Aber was Sie hier versuchen, möchte ich als Figur entlarven und darstellen. Was Sie versuchen, ist sozusagen das Implementieren einer Dolchstoßlegende. Die Bauern sind nicht am Markt, wohin Sie sie getrieben haben. Sie haben sie nämlich in den totalen Markt getrieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer hat denn die Milchquote abgeschafft? Doch nicht Bündnis 90/Die Grünen oder diese Landesregierung.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Sie haben dazu beigetragen, die Milchquote abzuschaffen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, Ihre Redezeit.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Wer hat denn dafür gesorgt, dass Marktbedingungen so stark formuliert worden sind und auch der Handel diese Macht bekommt, sodass die Bauern nicht anders können, als sie nun handeln? Das sind doch Sie gewesen.

Und jetzt den Vorwurf zu machen,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

sozusagen an der Heimatfront sei der Dolchstoß bei den Problemen hinten reingegangen, das ist unredlich und verdient auch nicht die Rechtfertigung, die realen Probleme miteinander zu diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, Sie wissen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das weiß ich, aber die Landesregierung darf an dieser Stelle jederzeit und immer das Wort ergreifen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die Verfassung ist mir bekannt, Herr Minister. Aber danke noch einmal für den Hinweis.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich möchte noch zwei, drei Sätze und Argumente ausführen, weil Herr Kollege Deppe das Wort der Nachhaltigkeit in seinem Beitrag so umfassend zum Ausdruck gebracht hat.

Herr Deppe, ich würde mich wirklich irgendwann einmal sehr freuen, wenn Sie die Kraft und auch die Courage hätten, sich bei dem Thema Nachhaltigkeit hier hinzustellen und zu sagen: Ja, wir haben in der Zeit von 2005 bis 2010 einen Fehler gemacht, wie wir nämlich damals mit dem Vermögen des Landes, unserem Wald, umgegangen sind, Verträge abgeschlossen haben, die nie und nimmer erfüllbar waren, dem Land Lasten aufgetragen haben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es hätte mich gefreut, wenn Sie sich hier hingestellt hätten. Dann, Herr Deppe, können wir über Nachhaltigkeit und über nachhaltige Finanzen reden, wer nachhaltig mit unserem Vermögen umgeht. Darüber können wir dann gern streiten, aber so möchte ich das nicht tun.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, wenn es um die Frage Nachhaltigkeit bei Umweltverwaltung und Hochwasserschutz geht.

(Staatssekretär Horst Becker [GRÜNE]: Muss er es selber machen!)

Wer hat denn die Umweltverwaltung kaputt gemacht, dass die Mittel überhaupt nicht bewirtschaftet werden können? Sie können noch so viel Geld hineinstecken, es muss Menschen geben, die Genehmigungsverfahren, Prüfungen von Unterlagen durchführen, die Zuschussanträge bewilligen. Sie haben das abgebaut, und deshalb konnte das nicht mehr stattfinden. Das gehört zur Nachhaltigkeit dazu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat die zustehende Redezeit um 2:31 Minuten überzogen. Selbstverständlich, falls gewünscht, können die ein-

zelenen Fraktionen auch in diesem Rahmen noch zusätzliche Wortbeiträge anmelden. Als Erster signalisiert mir das Herr Kollege Hovenjürgen für die CDU. Bitte schön.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Chuzpe, Herr Remmel, verschlägt einem schon ein bisschen die Sprache. Ich kann nur eines sagen: Ich habe die Verabschiedungsrede, die Sie Herrn Dr. Eisele gegönnt haben, gelesen. Sie haben Herrn Dr. Eisele verabschiedet und ausdrücklich belobigt dafür, wie er die Kyrill-Krise bewältigt hat.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Aha! Oje!)

Herr Dr. Eisele war derjenige, der die Verträge Klausner ausgehandelt hat, allein und verantwortlich in Ihrem Haus.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Sie haben ihn gelobt für die Abhandlung dieses Sachverhaltes. Sie müssen hier jetzt einmal zur Wahrheit zurückkehren, Herr Minister,

(Beifall von der CDU)

ob es unter den damaligen Rahmenbedingungen, wie dieses Ereignis zu bewältigen war, ordnungsgemäß abgehandelt worden ist. Dafür haben Sie Herrn Dr. Eisele gelobt. Dann hören Sie auf, hier Herrn Uhlenberg zu diffamieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Als Nächster hat sich für die FDP-Fraktion Herr Kollege Höne gemeldet.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Remmel! Gestern Rockefeller, heute Che Guevara – das ist ein ja ein spannender Ritt durch die Historie, die Sie uns hier heute bieten.

(Zuruf von Hans Christian Markert [GRÜNE] – Gegenruf Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das macht der Minister normalerweise!)

– Herr Kollege Markert diskutiert noch die Klausner-Verträge aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Punkte will ich an dieser Stelle noch einmal ansprechen.

Erster Punkt. Noch einmal dieser Verweis darauf, das sei alles erst mal nur ein Referentenentwurf. Herr Minister Remmel, auch ein Referentenentwurf hat schon konkrete Auswirkungen auf die Praxis. Was glauben Sie denn, was im Moment mit den Landwirten los ist, die freiwillig Streuobstwiesen angelegt haben? Was glauben Sie denn, was mit denen ist, die freiwillig auch in Naturschutzmaßnah-

men eingebettet Grünland haben? Glauben Sie, dass die das jetzt an dieser Stelle so weitermachen? Die ganze Zeit hängt denen das Damoklesschwert über dem Kopf, dass ihnen möglicherweise eine freiwillig eingeleitete, über viele Jahre mit eigenem Geld gepflegte Maßnahme am Ende vor die Füße fällt, weil ihnen an dieser Stelle das Eigentumsrecht genommen wird. Ja, es gibt eine Sozialpflichtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, aber die kommt nach dem Eigentumschutz; die steht nicht darüber.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt. Herr Kollege Rüße, Dorfentwicklung würde uns interessieren. Es ist schön, dass dafür mehr Geld da ist, im Moment kann es jedoch keiner nutzen, weil das Ministerium mit der Förderrichtlinie nicht klarkommt. Wo ist sie denn? Wann kommt eigentlich die Förderrichtlinie in dieser Zeit? Niemand hat etwas von mehr Geld, was zur Verfügung gestellt wird, wenn es überhaupt nicht abgerufen werden kann.

Dritter Punkt. Herr Minister, Sie müssen sich in keiner Weise wundern, dass Ihnen auch vonseiten der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft reinstes Misstrauen entgegenspringt. Denn so, wie Sie in den letzten Jahren mit dieser Branche umgegangen sind, kann das nicht anders sein. Sie ziehen bei jedem Gesetzentwurf einige kleinere weitere Daumenschrauben an.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Eine einzelne für sich wäre vielleicht gar nicht so schlimm. Aber denken Sie an Filtererlass, Vorkaufrecht, Grünland, Streuobstwiesen, Verbandsklagerecht, verpflichtende Baumschutzsatzung! Mit diesen Daumenschrauben, Herr Minister, zerstören Sie insbesondere die kleinen und mittleren familiengeführten Betriebe. Sie begünstigen die großen Betriebe,

(Beifall von der FDP und der CDU)

die Sie doch angeblich gerade nicht wollen. Sie postulieren, mit Ihrer Politik kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft zu fördern.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Aber mit jeder Maßnahme treiben Sie Leute weiter dahin: Wachse oder weiche! Und nicht jeder Nebenerwerbslandwirt, Herr Rüße, kann das mit einem Landtagsmandat finanziell ausgleichen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Hovenjürgen, ich finde es außerordentlich billig, sich jetzt auf Herrn Eisele zu beziehen, einen Mitarbeiter, wenn es um Klausner geht. Da gibt es eine Verantwortung eines Ministers, eines Staatssekretärs, die zu benennen wäre.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Einen Popanz rund um einen Mitarbeiter aufzubauen, ist doch lächerlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Zuruf
von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zum Zweiten, Herr Höne, zur Wahrheit gehört auch Folgendes: Wenn Sie schon den Filtererlass nennen, dann sagen Sie auch dazu, dass er ab 2.000 Mastplätzen gilt und nicht für jeden kleinen Betrieb in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich darauf, wenn CDU und FDP an meiner Seite sind, wenn wir das nächste Mal über die europäische Agrarreform diskutieren. Ich schlage Ihnen vor, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass es in der ersten Säule die Degression und bei 20.000 € eine Kappungsgrenze gibt. Lasst uns doch mal zusammen dafür streiten!

(Zuruf von der CDU)

– Ja, 20.000 €, das können Sie sich nicht vorstellen. So sieht doch die Wirklichkeit aus. Ich bin wirklich entsetzt.

Ich will noch einen Satz zum Landesnaturschutzgesetz sagen. Die Gesetze für den Naturschutz machen wir doch, weil es vorher Fehlentwicklungen gegeben hat. Die Streuobstwiesen sollen geschützt werden, weil die Bauern viele Streuobstwiesen längst vernichtet haben. Reden Sie doch nicht über die, die jetzt vielleicht durch das Gesetz gefährdet sind, reden Sie über die, die schon längst weg sind!

(Zurufe von der CDU und der FDP – Karlheinz Busen [FDP]: Scheiß ...! Scheiß ...!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße.

Herr Kollege Busen, ich darf Sie bitten, sich auch bei Zwischenrufen der parlamentarischen Ausdrucksweise zu befleißigen. Da wären wir Ihnen alle sehr dankbar und ich insbesondere.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kämen zur Abstimmung über den Einzelplan 10, wenn wir nicht, Frau Kollegin Beer, in der vereinbarten abstimmungsfreien Zeit wären. Sie achten, wie üblich, genau auf das, was hier abläuft. Also: Wir kennen alle die Vereinbarung. Die Abstimmung

über den Einzelplan 10 wird nach 14 Uhr stattfinden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
(Arbeit, berufliche Weiterbildung, Integration, Soziales)

Ich darf Sie auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10511** hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kerkhoff das Wort. Bitte, Herr Kollege Kerkhoff.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer erwartet hatte, dass mit einem neuen Minister auch neuer Schwung, neue Ideen oder neue Impulse einziehen würden, hat sich getäuscht. Es ist kein neuer Aufbruch erkennbar. Dabei wäre der dringend erforderlich, wenn man sich die Lage Nordrhein-Westfalens bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anschaut. Es plätschert alles so dahin – nach dem Motto: Die letzten anderthalb Jahre bekommen wir auch noch irgendwie rum.

Das ist zu wenig. Dieses Land braucht mehr Einsatz.

(Beifall von der CDU)

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt kann uns nicht zufriedenstellen. Die Arbeitslosigkeit ist mit über 714.000 zu hoch. Während sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 2005 halbiert hat, ist sie im gleichen Zeitraum in Nordrhein-Westfalen nur um ein Drittel gesunken. Sie liegt rund 40 % über dem westdeutschen Schnitt, und mit dem Freistaat Thüringen ist in diesem Jahr erstmals ein ostdeutsches Bundesland an Nordrhein-Westfalen vorbeigezogen. Aufgrund der Flüchtlingssituation rechnet die Agentur für Arbeit mit einem Anstieg um gut 35.000 Personen im kommenden Jahr.

Dies ist eine Lage, die entschlossenes Handeln erfordert, und zwar gleichermaßen für Langzeitarbeitslose wie für neu hinzugekommene Menschen.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister, Sie wissen, dass wir hinter vieles von dem, was Sie in Ihrem Haushalt an Maßnahmen veranschlagen, ein großes Fragezeichen machen, dass wir Ihre Schwerpunkte nicht teilen, andere Vorstellungen haben. Das Programmdickicht und die Wirkung dieser Maßnahmen erscheinen uns wenig zielführend. Aber das will ich heute gar nicht schwerpunktmäßig betrachten.

Kommunen dazu bringen wollen, sich – die einzelnen Ämter und Behörden – miteinander zu vernetzen. Da soll auch die Zuwanderung aus Südosteuropa Berücksichtigung finden.

Ich will an der Stelle ganz deutlich sagen: Ich bin sehr froh, dass in Nordrhein-Westfalen eine rot-grüne Landesregierung regiert, weil sich jeder einzelne Minister – das wissen Sie – in seinem Ressort um Integrationspolitik kümmert. Gerade bei der gegenwärtigen Flüchtlingssituation wird das sehr deutlich. Wenn Sie die Programme sehen, wenn Sie sehen, was alles in den einzelnen Ressorts auf den Weg gebracht worden ist, dann erkennen Sie, dass das schon eine sehr gute Leistung ist.

Deswegen bin ich froh, dass nicht die CDU regiert. Bei dem Durcheinander, was gerade bei Ihnen herrscht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist es gut, dass die SPD mit Grün Nordrhein-Westfalen regiert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte über den Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP, CDU und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 11 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – und hier zur vorhin ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch hier mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 10 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk**

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10514.**

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu sagen: Wir lehnen den Einzelplan 14 ab. Er wird den Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Er ist ideenlos und uninspiriert.

(Beifall von der CDU)

Eines der größten Projekte der Landespolitik in den letzten zehn Jahren war der Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle. Die Idee war damals, statt Vergangenheit zu subventionieren, lieber in die Zukunft zu investieren. Wo ist diese Idee geblieben? Was ist davon übrig geblieben?

Im Jahr 2010 gab es noch fast 500 Millionen € Steinkohlesubventionen. Jetzt sind es noch 165 Millionen €. Wo ist das ganze Geld hin? Im Etat des Wirtschaftsministeriums ist davon fast nichts übrig geblieben. Mal 74.000 € für Gründungen im Mittelstand, mal 500.000 € für Außenwirtschaft und ganze 5,5 Millionen € für die Digitalisierung des Wirtschaftsstandortes – wo bleibt der Rest vom Kohlegeld?

Während der Etat des Wirtschaftsministers seit 2010 fast halbiert worden ist, hat sich der Etat des Umweltministers fast verdoppelt. Statt – wie geplant – in Zukunft, in Wachstum zu investieren, investieren wir in Kontrolleure, in Bürokratie und in immer mehr Auflagen. Das tritt die Idee des Kohleausstiegs mit Füßen.

(Beifall von der CDU)

Am 13. Dezember wird die Ministerpräsidentin in Marl erwartet, wenn auf Auguste Victoria die letzte Lore symbolisch nach oben geholt wird. Ich frage mich, ob da wohl zur Sprache kommt, warum es in der Emscher-Lippe-Region keine Ersatzarbeitsplätze gibt, warum es keine neuen Jobs gibt. Kleiner Hinweis: Der newPark ist nur einen Steinwurf entfernt. Das Geld, das bei der Kohle eingespart wird, bekommt Herr Rimmel, der neue Jobs in der Region blockiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim newPark geschieht das ganz direkt oder beim LEP überall im Land – mit dem Klimaschutzplan, mit dem Wasserschutzgesetz oder dem Landesnaturschutzgesetz. Wenn ich Bergmann wäre, würde ich das fast für Zynismus halten. Dafür ist der Kohleausstieg mit allen Schwierigkeiten damals nicht gemacht worden.

Mit den frei werdenden Mitteln muss in Wachstum und in zukunftsfähige Arbeitsplätze investiert wer-

